

Erscheint täglich früh 6 1/2 Uhr.

Redaktion und Expedition Johannstraße 33. Sprechanzeiten der Redaktion: Vormittags 10-12 Uhr. Nachmittags 4-6 Uhr.

Die für die Abgabe einzelner Nummern macht 10 Pf. in Wochen nicht abnehmbar.

Nummern der für die nächsten Tage bestimmten Nummer bestimmten Anzeigen am Montag bis 3 Uhr Nachmittags, an Sonn- und Feiertagen früh bis 11, 9 Uhr.

In den Amlen für Inf.-Anzeigen: Otto Ricca, Unter den Eichen 23. Louis Vögel, Katharinenstraße 18, p. nur bis 11, 9 Uhr.

Leipziger Tageblatt und Anzeiger.

Organ für Politik, Localgeschichte, Handels- und Geschäftsverkehr.

Auflage 16,100. Abonnementspreis viertelj. 4 1/2 Mk., incl. Postgebühren 5 Mk. durch die Post bezogen 6 Mk. Jede einzelne Nummer 20 Pf. Belegblätter 10 Pf. Gebühren für Extrablätter ohne Postgebühren 30 Pf. mit Postgebühren 40 Pf. Inserate 6c. pro Zeile 20 Pf. Gebüh. werden laut letztem Preis berechnet. Tabellarischer Satz nach höherem Tarif. Retenken unter den Redaktionsfrisch die Spalte 40 Pf. Inserate sind laut an die Expedition zu haben. - Rabatt nicht zu geben. Zahlung pränumerando oder durch Postnachschuß.

№ 23.

Sonntag den 23. Januar 1881.

75. Jahrgang.

Ämtlicher Theil.

Oeffentliche Sitzung der Stadtverordneten Mittwoch, am 26. Januar a. c., Abends 6 1/2 Uhr im Saale der I. Bürgerschule.

- Tagesordnung:**
- I. Gutachten des Deconomie-Ausschusses über: a. die Erweiterung der Colonnadenstraße; b. die Euten 34 und 35 des Subjets.
 - II. Gutachten des Stichtungs-Ausschusses über die Budgetentwürfe des Georgenbausees, des Johannisbausees, der Bäder, Bienen- und Wende-Stiftung.
 - III. Gutachten des Finanz-Ausschusses über: a. Bewilligung einer Garantiefürsorge bezüglich des hier abzuhaltenden III. internationalen Wollwettbewerbs; b. Bewilligung eines Beitrags für den Leipziger-Witwen-Fonds des Kaiserlichen; c. Bewilligung von Gratifikationen für die Unteroffiziere der Abtheilungen in hiesiger Stadt; d. die Budgetentwürfe des Polizeibeamteten, des Schatzmeisters, des Stadtbibliothekars, des Viehhofes und der Sparcasse, sowie des Lagerhofes.

Bekanntmachung.

Das vom Stichtende Dr. Johann Franz Born für einen in Leipzig geborenen, die Rechte habenden Sohn a. eines Besitzers der hiesigen Juristenfacultät, oder, da deren keiner vorhanden, b. eines Besitzers des vormaligen hiesigen Schuppenhofs, oder, da ein solcher auch nicht vor, c. eines Wollwebers altjähr, und wenn deren einer nicht zu finden, d. eines hiesigen Bürgeres gestiftete Stipendium ist auf die Jahre 1881 und 1882 zu vergeben, und beträgt auf diese beiden Jahre 170 Mark 3 Pf. und bei 170 Mark 63 Pf.

Der Empfänger dieses Stipendii hat jedes Jahr am 12. Juni, oder dessen letzter auf einen Sonn- oder Feiertag fällt, am 13. Juni über ein „Argumentum juridicum“ zu verlesen, und diese Oratio schriftlich bei und einzurichten. Wir fordern diejenigen Herren Stadträte, welche ein solches Stipendium sich bewerben wollen, Verzicht auf, sich unter Befreiung ihrer Mitsprachefähigkeit Qualifikation bis zum 12. März d. J. schriftlich bei und anzugeben, widrigenfalls sie diesmal unberücksichtigt bleiben.

Leipzig, den 18. Januar 1881.

Der Rath der Stadt Leipzig, Dr. Georgi. Vorsitz.

Auktion.

Mittwoch, den 2. Februar a. c., sollen von Vormittags 9 Uhr an im hiesigen Connewig auf dem Mittelwäldschlage in Abtheilung 27 und 30 ca. 450 halbes Aemmel für Brauereien, 6 Kammer eichene Kuchentische, 357 Kmr. eichene, 20 Kmr. büchene, 17 Kmr. röhrene und 4 Kmr. eichene Drausche unter den im Termine öffentlich ausgehangenen Bedingungen und der üblichen Anzahlung an Ort und Stelle meistbietend verkauft werden.

Zusammenkunft: auf dem Holzschlage an der Schwarzen Brücke in der Connewig. Leipzig, am 21. Januar 1881.

Des Raths Forst-Deputation.

Auktion.

Freitag, den 4. Februar a. c., sollen von Vormittags 9 Uhr an im hiesigen Connewig auf dem Mittelwäldschlage in Abtheilung 30 ca. 62 eichene, 117 weisse, 5 eichene, 1 eichene, 82 röhrene und 15 eichene Kuchentische, 1 eichener Kuchentisch und 3 eichene, 11 eichene und 58 röhrene Schir-bleier, sowie 200 Hebeämmer unter den im Termine öffentlich ausgehangenen Bedingungen und der üblichen Anzahlung an Ort und Stelle meistbietend verkauft werden.

Zusammenkunft: auf dem Holzschlage an der Schwarzen Brücke in der Connewig. Leipzig, am 21. Januar 1881.

Des Raths Forst-Deputation.

Auktion.

Mittwoch, den 9. Februar a. c., sollen von Vormittags 9 Uhr an im hiesigen Connewig auf dem Mittelwäldschlage in Abtheilung 26 und 31 in der Taupfer Gasse und dem verschlossenen Holz ca. 90 halbes Aemmel und 100 Aemmel, sowie 1 Partie halbes Aemmel (für Brauereien) unter den im Termine öffentlich ausgehangenen Bedingungen und der üblichen Anzahlung an Ort und Stelle meistbietend verkauft werden.

Zusammenkunft: auf dem Holzschlage in der Gasse an der Taupfer Alleebrücke. Leipzig, am 21. Januar 1881.

Des Raths Forst-Deputation.

Bekanntmachung.

Die Herren Vorstände, welche mit den abgelaufenen Rechnungsberichten noch im Rückstände sind, werden hiermit veranlagt, diese Berichte bis 31. Januar 1881 dem hiesigen Rechnungsprüfer zu überreichen, sowie die jeweiligen Vorstände, welche Einsicht auf dem Rechnungsprotokoll zu erlangen wünschen, hierdurch veranlagt, ihre Anträge sofort bei dem Eintritt der unterzeichneten Behörde schriftlich oder mündlich einzubringen.

Leipzig, am 27. December 1880.

Des Königlich-Königlichen Reichs-Raths.

Auktion.

Mittwoch, den 24. Januar dieses Jahres, sollen im hiesigen Connewig von Vormittags 9 Uhr an in Abtheilung 27 und 30 ca. 150 Aemmel unter den im Termine öffentlich ausgehangenen Bedingungen und der üblichen Anzahlung an den Meistbietenden verkauft werden.

Zusammenkunft: auf dem Holzschlage an der Connewig. Leipzig, am 7. Januar 1881.

Des Raths Forst-Deputation.

II. Städtische Fortbildungsschule für Knaben.

Neu einsetzende Schüler aus folgenden Straßen der Stadt: Albertstraße, Alexanderstraße, Alter Amhof, Arnoldstraße, Baderstraße, Bayerische Straße, Bismarckstraße, Brandvorwerkstraße, Brandweg, Braunstraße, Brühlstraße, An der I. Bürgerschule, Kleine Burggasse, Burgstraße, Canalstraße, Carolinenstraße, Centralstraße, Colonnadenstraße, Davidstraße, Döner Weg, Dorotheenstraße, Ellenstraße, Elisenstraße, Emilienstraße, Erdmannstraße, Fichtenstraße, Floßplatz, Frankfurter Straße 34-43, Friedrichstraße, Fürtnerstraße, Gewandgässchen, Glockenstraße, Härtelstraße, Harkortstraße, Hauptmannstraße, Hoho Straße, Jahnstraße, Kaiser-Wilhelm-Straße, Kochstraße, Königplatz, Körnerstraße, Kolonnenstraße, Kronprinzenstraße, Kupfergässchen, Kurlinstraße, Leipzigerstraße, Lessingstraße, Liebigstraße, Lößiger Straße, Lützowstraße, Magdalenstraße, Malanstraße, Hanssstraße, Mendelssohnstraße, Mittelstraße, Moschelsstraße, Moritzstraße, Mühlgasse, Mühlengasse, Neumarkt, Nürnberger Straße 23 bis 62, Ostmarkt, Peterkirchhof, Petersteinweg, Petersstraße, Plagwitzstraße, An der Pflanze, Plagwitzgasse, Postulatsstraße, Pottsdorfergasse, Promenadenstraße, Rospitz 1-11, Radobitzstraße, Schenkendorffstraße, Schillerstraße, Schleierstraße, Schützenweg, Schillingstraße, Schreiberstraße, Schreiberstraße, Sebastiani-Bach-Straße, Seidenstraße, Silbnerstraße, Sophienstraße, Sporangasse, Sternwartenstraße, Südstraße, Teichstraße, Thälmannstraße 91-93, Turmstraße, Ulrichstraße, Universitätsstraße, Waldgasse, Weststraße, Wisniewstraße, Windmühlengasse, Windmühlengasse, Windmühlengasse, Zeitlerstraße, Zimmerstraße.

Leipzig, am 19. Januar 1881.

Dr. Stoerl.

Nichtamtlicher Theil.

Leipzig, 23. Januar.

Trotz der glänzenden Aussichten der Gemeinderathswahlen zu Gunsten der gemäßigten Republikaner ist die politische Stellung Gambetta's doch nicht von jeher heftiger, welche vielfach angenommen wird. Als Beweis dafür mag das Resultat der Präsidentenwahl in der Kammer angesehen werden. Das Stimmverhältniß zwischen den Parteien ist durch den durch den Wahltag gebildet, da kein Deputierter der Rechten für Gambetta gestimmt, Derselbe alle republikanischen Stimmen eingeholt hat. Gambetta, sicherlich auf sein Ansehen im Lande, hat alsbald Gelegenheit genommen, seinen Namen wieder allgemein bekannt zu machen. Er hielt, wie schon kurz erwähnt, bei dem von der Deputiertenkammer der Reichstages veranfaßten Vorschlag am Donnerstag eine Rede, in welcher er sagte, er wolle die Gelegenheit nicht verpassen, mit den Vertretern der Parlamente, des Landes und der Arbeit in Beziehung zu treten. Er habe sich mit der Lage der Reichstages beschäftigt und gefunden, daß die dieselben betreffenden Vorschläge zu streng seien und einer Reform unterworfen werden müßten. Indes dürfe man sich nicht aufgeben, was man ersehen könne. Je mehr man sich der grünen Beobachtung der Gesellschaft widme, um so mehr erkenne man, daß Probleme nur mit gutem Willen, Mühe und Arbeit gelöst werden können. Das französische Volk wolle eine unabhängige, selbstbestimmte Rolle spielen trotz der Kämpfe derjenigen, welche ihrem Unwillen darüber, daß man sich nicht weigere, ihnen zu folgen, nicht zurückweichen können. Wir werden so eine Demokratie begründen, welche ebenso erziele und ebenso mächtig ist als irgend eine Dynastie. Die durch kühne Entschlüsse und durch die Lehren des kühnen gebildeten Volkes wird die Revolution zu schäßen, welche zwischen dem Berthe des Handlungen und dem Unmuthen von Worten besteht. Die Demokratie habe seit dem 4. September 1870 durch ihre Thaten zu erkennen gegeben, daß sie nicht mehr anachronisch und unzulänglich sein wolle. Die jüngsten sozialen Entwicklungen hätten eine ungenügende Fähigkeit und ein lebhaftes Bewußtsein ihrer Verantwortlichkeit bewiesen. Man habe diesem Jahre viel Unangenehmes vorausgesetzt wegen der vielfachen Wahlen. Die schon stattgefundenen Wahlen hätten inoffen bezeugt, daß dieses Jahr in der größten Ruhe verlaufen werde. Die Wahlen für den Senat und die Deputiertenkammer würden ein Triumph für die Demokratie, die Republik und das Vaterland sein. Gambetta schloß seine Rede mit einem Worte der auswärtigen Lage ab. Man kann nur annehmen, daß die mit so wenig Erfolg ergriffene Initiative Frankreichs in der griechischen Frage, die Gambetta selbst als „sein Schicksal“ bezeichnet, die Ursache davon ist. Man wird erwarten müssen, ob sich der Herr Kammerpräsident für die Folge einer größeren Beförderung in der Behandlung auswärtiger Fragen als bisher beschäftigen und auf eine mehr oder minder offene Einmischung in das Reichthum des Herrn Vortrags des Kaiser Hülse fernherzu verzichten wird. Gambetta's Reden stante überhaupt nur gewinnen, wenn er ausführen wollte, den eigentlichen Regenten von Frankreich zu sein.

Der Beschluß des Bundesraths, den Arbeiterbesetzung-Entwurf an die Ausschüsse zu verweisen, entspricht hinsichtlich des öffentlichen Bewusstseins. Allerdings hat nunmehr die Bundesrathsbekanntmachung und der Allen Dingen, welche den betreffenden Ausschüssen anzuwenden, in der Lage, bei ihren Regierungen Instruktionen

einzuholen. Da Preußen als Vorbildsmacht in allen Ausschüssen, außerdem für anständige Angelegenheiten den Beschluß hat, so muß auf diesem Wege nun auch das preussische Staatsministerium formell mit der Angelegenheit befaßt werden, was bis jetzt entschieden nicht geschehen, obwohl der Entwurf auf der Initiative des preussischen Handelsministers hergegangen ist. Es kann aber nur mit einem Augenblicke verwehrt werden, daß nunmehr das Staatsministerium noch vollständig in der Lage ist, nach Anhörung des Reichswirtschaftsraths selbständige Stellung zu der Vorlage zu nehmen. Da die sämtlichen Minister für die Einigkeit stehen, daß einem auf Ablehnung gerichteten Reichstagsbeschluß zur künftigen Entscheidung zu bringen so viel beizugehen würde, als mit deren Worten die Entlassung des Reichstages herbeiführen, welcher auf seine Verantwortlichkeit den Entwurf im Bundesrathe eingebracht hat, so wird der Volkswirtschaftsrath nicht erst ihr Votum bestimmen können. Uebrigens läßt sich auch dem Umstand, daß die Entwurfsprojekte auf unbestimmte Zeit von der Tagesordnung des Bundesraths abgesetzt wurden, nur der Schluß ziehen, daß sie für die sogenannten Ministercentren juristisch nicht mehr, und daß deren Beginn, der zuletzt für den 25. d. Mts. angehängt war, sich noch um etwas hinausziehen dürfte.

Der Antrag Windthorst war von der „National-liberalen Correspondenz“ einer Besprechung unterzogen worden, von der auch wir unsere Leser Kenntlich gegeben haben. Das genannte Blatt kommt nun auf den betreffenden Artikel mit folgenden Worten zurück: „Wir halten der einzigen Tagen bei einer Betrachtung über den Windthorst'schen Antrag einhellig fest, daß auch auf secessionistischer Seite einige Reizung vorhanden habe, dessen Anträge zu unterstützen. Diese Reizung scheint auf secessionistischer Seite sehr wohl bemerkt worden zu sein. Man stellt in Abrede, daß es eine solche Reizung vorhanden gewesen, und wirft uns vor, wir hätten es für unsere besondere Aufgabe, über die Stellung der Secessionisten zu jenem Antrag unrichtige Auffassungen zu verbreiten. Wir bilden uns unter Anderem nach dem, was in der Öffentlichkeit vorgeht, und zu fragen wir jeden Parteigenossen: Wenn ein parlamentarischer Mitglied der secessionistischen Gruppe eine Rede hält, deren Kern dem Antrag Windthorst ähnlich ist wie ein Ei dem andern, wenn in den oerfannten Parteiprogrammen, soweit wir bemerkt haben, diese Rede niemals als im Widerspruch mit den Auffassungen der Secessionisten zurückgewiesen wurde, wenn vielmehr ein so anstandslos Vertheilung der „Lebense“ einen lebhaften Artikel bringt, wenn dem Antrag Windthorst mindestens drei Viertel des Weges entgegenkommen wird: ist man denn nicht berechtigt, den einzigen Reizung in dieser Partei für den Antrag zu suchen? Wir haben es mit Gewissung begrüßt, daß die Reizung in einem offiziellen Parteiprogramm unterdrückt werden und daß wir damit weiteren Ausnahmefällen über den Gegenstand überhoben sind; zu unserem Schaden wären sie schwerlich ausgeschlossen.“

In Berliner politischen Kreisen wird von dem Rücktritt des Finanzministers Vitter als von einer feststehenden Thatsache gesprochen. Die bereits erwähnte Angabe, Herr V. Kaufmann habe es abgesehen, das Finanzportefeuille zu übernehmen, erhält sich, hingegen ist, daß von dem Reichstages der conservative Reichstagsabgeordnete D. Hellbrecht in der Reichstagesbrücke worden ist, während sich andererseits das Augenmerk auf Herrn Schöler richtete. Was an diesen Gerüchten Wahrheit ist, wird sich ja bald zeigen müssen; bemerkenswerth ist, daß dieselben aus conservativen Kreisen verbreitet werden. Bemerkenswerth ist die Stellung Herrn Vitters' nicht, wenn es in keine angenehme Aufgabe, die für den Reichstag bestimmten Entwürfe mit zu verwerfen, deren Ablehnung oder Annahme in einer für die Regierung unannehmbaren Veränderung mit Gewissheit voranzutreiben ist. Von besonderem Interesse ist folgende Auslassung der „Preussischen“ über die Kritik: „Wir wissen, daß nicht der Reichstag, wenn er beschließen auch zugestimmt hat, das Wichtigste für den Kanzler ist, wir wissen ferner, daß, wenn auch die Frage des Steuerreform gelöst ist, damit die Frage der Steuerreform des allgemeinen Steuerprogramms, welche den größten Widerstand voraussetzt, bei Weitem noch nicht gelöst ist. Wir werden deshalb vielleicht nur feindlicher als Andere, wenn wir uns für die Stellung des Finanzministers nicht auf lange Zeit hinaus verhängen wollten.“ Das die Veröffentlichung der bekannten Reichstages der Reichstages an die Adresse Herrn Vitters' gerichtet ist, wird, wie schon telegraphisch gemeldet wurde, von der „Nord. Allg. Ztg.“ gelehrt. Das außerordentliche Blatt hat seine inspirirte Mittheilung mit folgenden dunklen Worten: „Wir glauben die Sache richtiger zu vertheilen, wenn wir annehmen, daß die secessionistische Entstellung der Thatsachen den Anlaß zu jener Publication gegeben haben.“ Unwas mehr Licht in diesen Verhältnissen dürfte allerdings erwünscht sein!

Nach offiziellen Mittheilungen wird der Volkswirtschaftsrath zu seiner ersten Sitzung und somit zur Eröffnung seiner Thätigkeit am nächsten Donnerstag den 27. d. Mts. um 2 Uhr nach dem Reichstagsgebäude einberufen werden. Eine Tagesordnung für diesen ersten Versammlungstag ist noch nicht festgelegt worden. Die Dienen und Reichstagsräthe berufenen Handwerker in Höhe von 15 Mark pro Tag resp. Eisenbahndiener zweiter Classe zugewiesen werden.

Der dem Antrag des Abg. Dr. Hammacher, die Regierungsvorlage betreffend der Rhein-Rade-Bahn abzulehnen, begehrt die Reichstages über die Verpflichtungen der Privat-Eisenbahnen im Interesse der Landbevölkerung lautet im Wesentlichen: Jede Eisenbahngesellschaft hat verpflichtet, auf Verlangen der Staatsregierung die von derselben im Interesse der Landbevölkerung für notwendig erachteten Nebenlinien und Erweiterungen ihrer Anlagen, insbesondere die Vermehrung ihrer Geleise, vorzunehmen. Wenn und so weit diese Verpflichtung nicht auf Grund anderweitiger Geleise oder der Concessionbedingungen oder den Verträgen der Eisenbahngesellschaft erfolgt, hat der Staat die Kosten der Ausführung sowie die Werkstoffe zu tragen, welche in dem Betriebe, der Unterhaltung und Erneuerung der Eisenbahn infolge der Nebenlinie und Erweiterung entstehen. Die Nebenlinie der Nebenlinie auf den Staat erfolgt durch Gesetz.

Man spricht auch aus Berlin vom Freitag: „Die Stadt Berlin mit ihrem liberalen Selbstverwaltungsbehörden kann sich im Allgemeinen nicht des Wohlwollens der Conservativen in Regierung und Reichstagsvertretung rühmen. Eine bessere Anerkennung war indessen für die Befürworter der größten Gemein-

des Landes nicht ausfindig zu machen, als sie in der heutigen Sitzung des Abgeordnetenhauses in dem beschämten Schweigen lag, mit welchem auf der Rechten die misslungenen Selbstvertheidigung des Abg. v. Juppe wegen seiner nationalen Angriffe auf das Berliner Verordnungsamt aufgenommen wurde. Dieser Herr v. Juppe, der im Polizeipräsidium eine der ersten Stellen einnimmt und sich deshalb seiner Verantwortlichkeit in besonderer Grade hätte bewußt sein sollen, geriet bei der Beratung des Competenzgesetzes auf den schlechten Einfall, die hiesigen Aemterhalter der Hauptstadt in wenig wichtiger und auf den Angreifenden selber zurückzufallen Weise als „unzulänglich“, „verfaßlich“, nicht zum „Ausbau“, sondern nur zum „Einreiß“ geeignet hinzustellen. Diese durchaus unpolitische Sprache hat nicht bloß in der Berliner Bürgerwelt und ihrer communalen Vertretung, sondern auch bei den conservativen Freunden des Abg. v. Juppe unangenehm berührt. Es wird erzählt, daß diesem Herrschern von seinem eigenen Ebel, dem Polizeipräsidenten v. Rabat, nahegelegt worden sei, die nächste Gelegenheit zur Widerlegung zu benutzen, eine Aufgabe, welcher Derselbe sich heute, gegenüber dem eben so mächtigen als treffenden Widerspruch des Abg. Jelle für die Stadt Berlin, in der- und wehrmüthiger Weise unterzog. Aus den Mienen des Ministers des Innern wird Herr v. Juppe heute gerade keine Regung gelehrt haben. Graf Cullenburg folgte den Ausführungen des Redners mit einer an ihm sonst nicht bemerkbaren Bereitwilligkeit; eine „Veränderung“ nach Ombudmen dürfte für die nächste Zeit nicht ausgeschlossen sein.“

Wie aus dem Elsas berichtet wird, darf man nicht zweifeln an der Richtigkeit der Angaben über die Angriffe einzelner Mitglieder des Landesauschusses auf das deutsche Beamtenbium, da sogar der Staatssecretar Hofmann sich veranlaßt gefunden hat, dieselben zurückzuweisen. Die Minister sind die französische Justiz gebührt und können das freundliche Entgegenkommen der deutschen Regierung nicht recht verheeren. Uebrigens darf man sich nicht nach dem Landesauschusse verheeren; es fehlt bei den Wahlen an geeigneten Persönlichkeiten wegen der großen Zahl der Opponenten. Das Volk misbilligt die Schwächen des Landesauschusses in hohem Grade; es lassen sich sogar Stimmen hören, daß es besser gewesen wäre, Elsas-Verträge als preussische Provinz einzurichten. Die Berichte über die Verhandlungen des Landesauschusses sind freizeits genau, da die Mitglieder ihr Reden nach der Sitzung gemeinlich unarbeiten. Unbegreiflich bleibt es aber immer, daß dem Landesauschusse gestattet wird, lediglich französisch zu reden; damit das Volk es verheere, müßten die Reden wenigstens ins Deutsche überfetzt werden.

Wie aus Wien gemeldet wird, ist Geheimrath Unger zum Präsidenten, Galost, Mitglied des Reichstages, zum Vizepräsidenten des Reichstages ernannt worden. Der bisherige Präsident des Reichstages, Baron Frank, welcher sich schon 72 Jahre im Staatsdienste befindet, erhielt ein länger behaltendes Handbrevier des Kaisers und wurde durch Verleihung des Reichsordens des Leopold-Ordens in Brillanten ausgezeichnet. — Groves Kuffchen erregt in Wien politischen Kreisen eine Berliner Correspondenz des „Vaterland“ über die letzte österreichische Ministerkrise. Es wird darin folgendes ausgesprochen: „Der partielle Ministerwechsel in Oesterreich hat hier — was man auch sagen möge — einen überaus peinlichen Eindruck gemacht. Man sieht nicht an die jüngsten Gerüchte von einer Annäherung zwischen Oesterreich-Ungarn, durch welche dem Winter Teile die deutsche Allianz überflüssig gemacht werden soll, mit dem Aufsteigen des deutschen Elements aus dem österreichischen Ministerium in thätigen Aufeinanderung zu bringen.“ Das die Stärkung des Slavismus in Oesterreich in Berlin mit Begehrig verfolgt wird, liegt auf der Hand, denn die Freundlichkeit der beiden Kabinete könnte durch diesen Factor ebenfalls gefährdet werden. Die Slaven in Oesterreich bedürfen fortwährend mit Aufsehen und dem Bewusstsein des Pan-Slavismus, da nun der Rücktritt der Minister Streit und Fremer auf eine Stärkung des nationalen Einflusses hinwirken, so ist die Sorge berechtigt, daß dieses Verhältniß auf die Haltung des Autokratischen Anstalt in Wien eine Wirkung ausüben könnte.

In Italien wird an dem Klauen festgehalten, daß die Franzosen in Algerien Truppen an der Grenze von Tunis angeordnet haben und nach dem Protectorat dieses Barbarenlandes (sich) sind. Dieses Schutzgebiet wurde natürlich nur die Einleitung zur Einverleibung sein. Da Frankreich in Europa eine Einbuße an Land erlitten hat, so hegt es um so mehr Verlangen, seine Grenzen in anderen Welttheilen auszuweiten. Bei Seiten Deutschland wird diesen Streben kein Widerstand entgegenzusetzen werden, dagegen muß Frankreich zusehen, wie es mit Italien zurecht kommt. Das deutsche Reich hat kein Interesse daran, vor sich in Afrika die Schwachheit der Barbaren auszuweisen. Die türkische Frage wäre für Deutschland nur in dem Falle eine brennende, wenn österreichische Interessen dabei im Spiele wären.

Die französischen Kammer haben ihre Arbeiten wieder aufgenommen. Im Senate eröffnete am Freitag der Präsident Sag die Sitzung mit dem Ausdruck des Dankes für seine Wiederwahl und hob in seiner Ansprache hervor, daß die freie Discussion täglich mehr und mehr in den Welt und in das Herz der Nation einziehe; er hoffe, der Senat werde in seinem Geiste der Unparteilichkeit Hilfe und gerechte Lösungen für alle schwerwiegenden Fragen finden, der Senat liebt den Fortschritt und werde demselben gemäß den der französischen Gesellschaft entsprechenden Bedingungen abzumessen wissen. Gambetta dankte in der Deputierten-Kammer gleichfalls für seine Wiederwahl und zählte auf, was die Kammer bereits gethan habe und was derselben zu thun noch übrig bleibe. Die Kammer werde sich nicht verlegen, ohne die Presse zu emancipieren und ohne dem Verfassungsbuch Gehörkraft zu geben. Die Kammer bestände ihre Aufgabe inmitten tiefen Friedens, der durch feineren Abreue berührt und durch den Geist der republikanischen Arguments leicht garantiert sei. Sobald das Werk vollendet sei, werde sich die Kammer mit Vertrauen von dem allgemeinen Stimmentrichter präsentieren können. Am Schluß seiner Ansprache betonte Gambetta, die Republik müsse mit freudigen Antheilnehmern umgeben werden. (Beifall.) Dem Finanzminister Wagner wurde hierauf das Budget auf 1882 vorgelegt. Zum vierten Vizepräsidenten wurde Floquet gewählt.

Dem englischen Premierminister, Herrn Gladstone, haben neue Schwierigkeiten in Aussicht. Die Compagnien in England zu Gunsten der Unabhängigkeit der Vorse sind im Wachen begriffen und bereits hat sich ein Transvaal-Ausschuss gebildet im Sinne der bekannten belandischen